

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2,- M., bei Zustellung unter Streichband 2,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW, 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2894.

Inserate kosten die achteigste Zeile ober deren Raum 120 M., Werbeanzeigen das fertige Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Kurzerwerbzuschlag 50 Pf. Familien- und Vereinsanzeigen fällt bei Zustellung frei. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen sein.

Expedition: Berlin NW, 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9708

# STREIF

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Die Unruhen in Italien.

Paris, 6. Juli.

Gestern war, nach Mailänder Zeitungsmeldungen, Florenz der Schauplatz blutiger Zusammenstöße. Man hatte nach dem Aufruf der Arbeitskammer auf Beruhigung gehofft, tatsächlich kam es wieder in allen Stadtteilen zu Schlägereien, bei denen es viele Schwerverwundete und Tote gab. Die Truppen wurden von der Menge angegriffen, wobei zwei Offiziere erstochen wurden. Die von dem Florentiner Präfekten angeordnete Herabsetzung der Preise hatte das vollständige Verschwinden der Lebensmittel von dem Markt zur Folge. Auch auf dem Lande kam es in den Provinzen Mittelitaliens zu heftigen Konflikten zwischen den Gutsbesitzern und den Abgeordneten der Arbeitskammer, die in Automobilen Lebensmittel zu beschlagnahmen versuchten. Die Gutsbesitzer wehrten sich mit der Waffe, so daß auch von dem Lande zahlreiche Verwundungen gemeldet werden. Der sozialistische Abgeordnete Paschetti hat beim Florentiner Präfekten gegen das Vorgehen der Truppen protestiert und deren Zurückziehung verlangt.

### Diplomatischer Situationsbericht.

Ausführung des Friedensvertrages mit Deutschland. — Aufrechterhaltung der Blockade über Ungarn.

Paris, 6. Juli.

Die Kommission, die mit der Aufsicht über die Ausführung des Friedensvertrages mit Deutschland betraut ist, versammelte sich am Sonntag nachmittag unter dem Vorsitz von Tardieu; sie befaßte sich hauptsächlich mit den einzufulgenden Drogen. Sie erkennt die Notwendigkeit von Sonderkommissionen an. Die eine derselben wird damit betraut werden, an Ort und Stelle die Grenzüberwachung von Polen, wie im Vertrage vorgesehen, durchzuführen.

Der Oberste Rat versammelte sich um 3 Uhr 30 Min. nachmittags. Es nahmen teil: Clemenceau, Palfour, Lönning, Littoni und Masino. Der Rat besprach die ungarische Frage. Nach einem Meinungsaustausch stellte er fest, daß es unmöglich sei, mit der Regierung Bela Kun einen Frieden abzuschließen, und daß dadurch sich die Aufrechterhaltung der Blockade aufdränge, obwohl ihre Verwirklichung der revolutionären Minderheit nicht sehr fühlbar sei, da diese an der Spitze des Landes stehe und für sich und ihre Anhänger alles vorwegnehme.

### Das Strafgericht in Ungarn.

Budapest, 6. Juli (Nebstung des Ung. Tel. Korz. B.)

Das Standgericht beurteilte die anlässlich der Vorfälle in den letzten Tagen in Gefangenschaft gehaltenen 333 Höglinge der Ludovika-Akademie zu Erziehungsarbeit. Nach Ansicht des Standgerichts waren die Angeklagten nur Mittel in der Hand anderer.

### Politischer Prozeß in München.

Eigene Drahtnachricht der „Freiheit“.

München, 7. Juli.

Am Sonnabend begann vor dem Schwurgericht in München der Prozeß gegen den Redakteur Rutt vor der „Neuen Zeitung“ wegen Beleidigung des Militärministers Schneppenhorst. Zur Verhandlung sind 60 Zeugen geladen, so daß mit einer Dauer von mehreren Tagen zu rechnen ist. Am Sonnabend wurde unter anderem Schneppenhorst vernommen, der aussagte, daß er weder in der Sitzung vom 4.-5. April in München noch in Nürnberg für die Räterepublik eingetreten sei. Dagegen behaupteten neben anderen Zeugen Mühsam und Wähler, daß Schneppenhorst einer der Treiber gewesen sei.

### Die „vollendete Demokratie“.

Roskes Gewaltregiment treibt immer schönere Blüten. Der Mann ist drauf und dran, das letzte Restchen von Presse- und Versammlungsfreiheit auszutüpfen, damit das Bild von der vollendeten Demokratie, auf die jetzt, während der Beratung der Verfassung, die Weimarer Herren so stolz sind, nach allen Seiten abgerundet werde. War bisher die Auflösung von Versammlungen eine Erscheinung, die gutgläubige Loren auf „Ueberrumpfung untergeordneter Organe“ zurück-

zuführen glaubten, so geht jetzt Herr Roske dazu über, Versammlungen über das ganze Reich hin generell zu verbieten. Wer das etwa bezweifeln möchte, lese folgenden Korpsbefehl: U. S. R. N. 2986 v. 29. 6. 19.

Auf Anordnung des Oberbefehlshabers Roske sind sämtliche öffentlichen Versammlungen des Internationalen Bundes der Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen grundsätzlich verboten. Die Reichswehrbrigaden haben innerhalb der ihnen zugewiesenen Abschnitte jede derartige Versammlung aufzulösen, nötigenfalls mit rücksichtsloser Waffengewalt. Am 4. 7. abends 7 Uhr findet eine derartige Versammlung in der Umebrauerel, Hoch- und Ede Sadtstraße, statt. Reichswehrbrigade 15 veranlaßt das weitere und meldet den Erfolg.

Die betreffende Versammlung ist, wie wir an anderer Stelle berichtet, denn auch prompt aufgelöst worden. Daß es nicht zur Anwendung der „rücksichtslosesten Waffengewalt“ kam, lag lediglich an den Versammlungsteilnehmern, die trotz der unerhörten Provokation die Ruhe bewahrten, weil sie als Kriegsverletzte sich nicht den Danks des Vaterlandes bergehast verabschieden lassen wollten, daß man sie mit blauen Bohnen auseinandertrieb.

### Das Verhaftungsfieber.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Hamburg, 7. Juli.

Heute früh wurde der zweite Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes, Karl Wagner, Vorstandsmitglied der U. S. R. D. und Bürgerlich-demokratisches Mitglied, verhaftet. Der Grund für die Verhaftung ist nicht bekannt.

### Die Lage im Verkehrsstreit.

Der Streik der Eisenbahner fladert in allen Teilen des Reichs auf. Nachdem es auch in Wittenberge zum Streik gekommen ist, ist der Verkehr zwischen Berlin und Danzberg teilweise unterbrochen. Die Regierung hat noch Wittenberge Truppen beordert, die den Güterbahnhof besetzt haben. Technische Truppen haben zusammen mit Beamten den Dienst aufgenommen. In Bebra ist am Sonntag nachmittag die riesige Güterhalle des Hauptbahnhofes in Brand geraten. Obwohl M. T. B. meldet, daß die Entstehungsurache des Brandes noch unbekannt sei, veröffentlicht die Getreidewirtschaft, der Brand sei von Spartakisten gelegt worden.

### Wiederaufnahme des Verkehrs in Frankfurt a. M.

Frankfurt, 5. Juli.

Am 10 Uhr nachts hatte die Streikleitung der Eisenbahner die gesamten Linien freigegeben und von dieser Stunde an konnten die Nah- und Fernzüge wieder ein- und ausfahren. Aber an einen jahresplanmäßigen Verkehr war während der Nacht noch nicht zu denken, weil das Streikrecht wachende Wache und Aufsichtspersonal noch nicht zur Stelle sein konnte. Die Arbeiter und Beamten werden erst am Montag Kenntnis von dem Beschluß der Streikleitung erhalten. Immerhin konnte schon im Laufe der Nacht eine ganze Reihe von Zügen abgefahren werden. Der fahrplanmäßige Verkehr wird erst am Montag vormittag erfolgen können.

Hannover, 6. Juli.

Die Streiklage hat sich nicht wesentlich verändert. Die Züge nach und von Berlin werden über Oebisfelde-Braunschweig-Hilbshausen geleitet, da die Strecke über Lehrte von den Streikenden gesperrt ist. Die Züge nach Hamburg gehen über Soltau. In einer von der Streikleitung nach der Stadthalle einberufenen, von etwa 6000 Personen besuchten Versammlung wurde eine Entschließung angenommen, nach der Montag abends 7 Uhr Verhandlungen angeknüpft werden sollen zwischen den Streikenden, der Eisenbahndirektion, dem Schlichtungsausschuß, Vertretern des Magistrats von Hannover und Linden und Vertretern des Gewerkschaftslokals.

Hamburg, 6. Juli.

Die Unterbrechung des Zwerchweges Hamburg-Berlin in Ludwigsfelde ist nur von kurzer Dauer gewesen. Eine Versammlung der Eisenbahner, die sich mit den bekannten Berliner Forderungen beschäftigte, kam zu keinem Beschluß. Am Montag soll in einer Eisenbahnversammlung die endgültige Entscheidung über die Stellungnahme der Hamburger Eisenbahner fallen.

### Verwickelungen in Kleinasien.

Verailles, 6. Juli.

„Lempo“ beschäftigt sich im heutigen Leitartikel mit der Lage, die in Kleinasien durch das Vorgehen der Türken gegen die Griechen geschaffen wurde. Das Blatt befürchtet, daß der Krieg in Kleinasien aufs neue entbrennen werde, und tadelt den Rat der Drei, der die Landung der Griechen in Smyrna beschlossen habe, ohne Sachverständige zu hören. Weder der französische Minister des Auswärtigen, noch der französische Oberkommissar in Konstantinopel seien befragt worden. Frankreich dürfe sich mit der Angelegenheit in keiner Weise beschäftigen.

### Die Untersuchungshaft im „freiesten Lande der Welt“.

Von Siegfried Weinberg.

„Das trübste Kapitel in der deutschen Strafrechtspflege ist die Regelung der Untersuchungshaft.“ So beginnt Rechtsanwalt Dr. Hugo Heinemann seine Ausführungen über die Untersuchungshaft in einer erst kurz vor seiner Ernennung zum stellvertretenden Justizminister abgefassten Broschüre. Man sollte meinen, daß diese Erkenntnis mit der Berufung Heinemanns in sein Amt auch der preussischen Strafrechtspflege zugute gekommen wäre. Tatsächlich muß jedoch konstatiert werden, daß der Mißbrauch der Untersuchungshaft niemals derartige Organe gekostet hat, als in der Zeit der deutschen „sozialistischen“ Republik, wie überhaupt die revolutionären Umwälzungen an seinem Ressort so spurlos vorübergegangen sind, wie an dem des preussischen Justizministeriums. Die reaktionären Justizbeamten — von den leitenden Stellen im Ministerium bis hinunter zur Bekleidung des entlegensten Amtsgerichts —, die der preussischen Justiz den Stempel der Klassenjustiz aufgedrückt haben, haben alle Stürme der Revolution überdauert. Der 9. November war auch hier nur eine belanglose Episode!

In seiner prächtigen Anklagerede vor den Moskauer Bekleidern hat Genosse Ledebour die über ihn verhängte Untersuchungshaft als eine „maskierte Schutzhaft“ bezeichnet. Er hätte hinzufügen können, daß eine derartige „maskierte Schutzhaft“ in den letzten Monaten von den gegenwärtigen Machthabern in ungezählten Fällen verhängt worden ist. Die Untersuchungshaft war stets ein Hauptkampfmittel der Reaktion, um den politischen Gegner in menschenleerer Weise unschädlich zu machen. Schrieb doch bereits im September 1850 die „Preuzzeitung“ mit zynischer Offenheit:

„Die Freisprechung politischer Angeklagter muß dahin führen, die Untersuchungshaft so lange anzuhängen, bis das Verbrechen abgebußt ist.“

Tatsächlich sind im laufenden Jahre in Deutschland ungezählte Monate von Untersuchungshaft über politische Gegner der gegenwärtigen Regierung verhängt worden, die schließlich mangels jeglicher Grundlage der Anklage freigesprochen werden mußten.

Schon die gegenwärtige gesetzliche Regelung der Untersuchungshaft ist mit Recht von Heinemann als ein eined Kulturvolkes unwürdiger Zustand bezeichnet worden. Was nun erst die Praxis in den letzten Monaten daraus gemacht hat, spottet jeder Beschreibung. Mißschalonenhafter Begründung sind Tausende von Personen, die nur irgendwie unter dem Sammelnamen „Spartakisten“ rubriziert werden konnten, zur Untersuchungshaft gebracht. Meist waren es völlig unbestrafte Leute, oft Familienväter, Kranke, Kriegsschädigte, Greise im Silberhaare oder Jungmädchen, kaum dem Kindesalter Entwachsende, denen hier Gelegenheit gegeben wurde, hinter schwedischen Gardinen Gedanken darüber anzustellen, wie herrlich weit wir es gebracht haben.

Die alte, moriche deutsche Strafprozedur — der in den sieben Monaten der Republik noch nicht das geringste Schönheitspflasterchen aufgelebt ist — läßt die Untersuchungshaft nur zu, wenn der Angeklagte der ihm zur Last gelegten Tat „dringend“ verdächtig ist. Im Gegen-satz hierzu steht die Eröffnung des Hauptverfahrens nur einer „hinreichenden“ — also viel geringeren — Tatverdacht voraus. In einer ganzen Reihe politischer Strafaktionen ist nun in den letzten Monaten zwar die Untersuchungshaft verhängt, das Hauptverfahren aber schließlich gar nicht eröffnet worden. Diese Opfer unserer Strafrechts- pflege waren mithin ihrer „spartakistischen“ Straftaten „dringend“, aber nicht „hinreichend“ verdächtig! Die haltlosesten, mitunter anonymen Denunziationen reichten aus, um politische Gegner der gegenwärtigen Regierung — natürlich nur diejenigen, die links von ihr standen — in Untersuchungshaft zu bringen, in der sie dann oft monatelang festgehalten wurden.

Die Untersuchungshaft ist nun freilich nach dem Gesetze nur zulässig, wenn der Angeklagte entweder der Hauptverdächtige ist, oder wenn aktenkundig zu machende Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß er Spuren der Tat vernichten, oder daß er Zeugen oder Mit-schuldige zu einer falschen Aussage oder Zeugen dazu verleiten werde, sich der Verantwortung zu entziehen (sog. Kollisionsverdacht). Auch diese juristischen Zwirnsfäden machen unsem „Spartakisten“-Bekämpfern keine Schwierigkeiten. In große geistige Unkosten haben sie sich hiermit nicht gestürzt. In Hunderten von Fällen ist die Untersuchungshaft mit der stereotypen Formel gerechtfertigt worden, daß der Angeklagte bei der Wache der zu ermitteln

Leiden Strafe und der allgemeinen Unsicherheit in Berlin...  
Nachtverdächtig sei. Er soll also für das angelegte oder  
wirkliche Verbrechen des Berliner Polizeipräsidenten Eugen  
Griff büßen. Die angeblich zu erwartende hohe Strafe  
hat sich oftmals als Freisprechung oder als Verurteilung  
zu einigen Wochen Gefängnis entpuppt.

Ein besonderer Skandal ist die Anwendung der sog.  
Kollisionshaft, die Dr. Hugo Heinemann noch  
kurz vor seiner Ernennung zum stellvertretenden Justiz-  
minister als ein „arätisches, aus den Zeiten des  
sinkenden Inquisitionsprozesses stam-  
mendes Institut“ bezeichnet und dessen sofortige Be-  
seitigung er gefordert hat. Diese Kollisionshaft ist freilich  
ein probates Mittel, den politischen Gegner mundtot zu  
machen. Ist doch dem Verhafteten sogar das Grundrecht  
jedes Angeklagten benommen, seinen Verteidiger unter  
vier Augen zu sprechen. Weich ein Jammer, daß der jetzige  
Untersuchungssekretär im Justizministerium Dr. Hugo  
Heinemann bei seiner Überführung ins Justizmini-  
sterium anscheinend vergessen hat, die trefflichen Schriften  
des Rechtsanwalts Dr. Hugo Heinemann mitzunehmen. Er  
hätte sonst auf Seite 7 der letzten Schrift des genannten  
Anwalts lesen können:

„Dabei sind die Konsequenzen des Beschlusses, durch den der  
Richter die Kollisionshaft verhängt, für den Beschuldigten ent-  
scheidend. Es handelt sich um nichts Geringeres, als um die Auf-  
hebung der Verteidigungsfähigkeit im Vorverfahren. Der in  
seiner dumpfen Zelle Sitzende wird zum rechtlosen Objekt der  
Untersuchung degradiert. Sein Verteidiger darf weder die Akten  
einsehen noch mit ihm ohne Anwesenheit einer Schildwache in  
Gesellschaft einer Gerichtsperson sprechen.“

Geradezu grotesk wirkt es, wenn die Kollisionshaft  
gegen Politiker verhängt wird, deren ganzes Wirken der  
Öffentlichkeit angehört. So wird ein Mann wie Kabele  
jetzt im vierten Monate in Kollisionshaft gehalten, trotz-  
dem die Untersuchungsbehörde nichts strafrechtlich Belastendes  
gegen ihn ergeben hat, außer der weltbekannten Tatsache,  
daß er zu seinem Schutze gegen die Riga zur Bekämpfung  
des Volkswissens und ihre Unterhändler sich eines sol-  
chen Passes bedient haben soll. Trotzdem dauert die Kollisions-  
haft gegen ihn fort, als ob er durch einen Richter die  
Spuren seiner politischen Tätigkeit verwischen könnte!  
Ja, man hat sich nicht getraut, sogar die Stenotypistin Ka-  
bells, Nina Beder, monatelang wegen angeblicher Verhelfe  
zur Teilnahme an einer verbotenen Verbindung und an-  
geleglicher Beihilfe zur Aufrechterhaltung zum  
Klassenhaß (!) trotz eingetragener Postbescheide in  
Untersuchungshaft zu behalten. Das wäre wohl selbst unter  
dem alten Regime kaum möglich gewesen.

Besonders bezeichnend für die Wertschätzung, deren sich  
die persönliche Freiheit bei unseren gegenwärtigen Macht-  
habern erfreut, ist auch das Vorgehen gegen die wirklichen  
und angeblichen Angehörigen des Roten Soldaten-  
bundes. Auf Grund der böllig aus den Fingern ge-  
zogenen Behauptung, daß dort ein Komplott zur gewalttätigen  
Befreiung der politischen Gefangenen geschmiedet werden  
sollte, ist bekanntlich im Februar d. J. eine Versammlung  
des Roten Soldatenbundes in der Weberstraße von Soldaten  
überfallen und die Teilnehmer — etwa 90 an der Zahl  
— sind wie Schwerverbrecher in das Hellengefängnis zur  
Haft eingeliefert worden. Von der ursprünglichen Besand-  
digung blieb auch nicht ein Deut hängen. Vier Fünftel der  
Verhafteten mußten nach einigen Tagen aus der Haft ent-  
lassen werden, da gegen sie auch nicht der geringste Ver-  
dacht einer strafbaren Handlung bestand. Die andern,  
etwa 15, hat man wegen angeblichen Mordverdachts, zum  
Teil monatelang, in Untersuchungshaft gehalten, trotzdem  
ihnen weiter nichts von der Anklage vorgeworfen wird, als  
die bloße Teilnahme an einer geheimen bzw. staatsgefähr-  
lichen Verbindung. Das Strafmaß für dieses angebliche  
Vergehen ist von einem Tage bis zu einem Jahre Gefängnis.  
Unter dem alten Regime bestand die Praxis, Unter-  
suchungshaft nur dann zu verhängen, wenn eine Strafe  
von mehr als einem Jahre in Frage kam. In der „freien“  
deutschen Republik wird sie auch verhängt, wenn im un-  
günstigsten Falle ein paar Wochen Gefängnis zu erwarten  
sind. Wenn auch jetzt endlich die andern Beschuldigten aus  
der Haft entlassen sind, so kam doch doch Fröhlich, der  
als Vorsteher der angeblichen Verbindung angeklagt ist, noch  
immer, — d. h. also fast vier Monate — in Untersuchungs-  
haft, trotzdem er verheiratet, Vater von vier unmündigen  
Kindern und Kriegsinvalid ist. Ja, ja, im neuen Deutsch-

land wird niemand wegen keiner politischen Bestimmung in  
Haft gehalten, erklärte noch jüngst der Ministerpräsident  
a. D. Scheidemann. Wer's nicht glaubt, der bemühete  
sich zum Sekretariat 67 der Staatsanwaltschaft beim Land-  
gericht II.

Erleichtert, ja geradezu erst ermöglicht wird dieser Miß-  
brauch der Untersuchungshaft durch die Tatsache, daß das  
Verfahren bei der Verhängung der Untersuchungshaft wie  
das Vorverfahren hiergegen jeglicher rechtlicher Garan-  
tien entbehrt. Ohne jede mündliche Verhandlung wird  
hier auf Grund eines oft höchst unrichtigen Akteninhalts  
über die Freiheit und damit oft die Existenz eines Mit-  
menschen entschieden!

Ein Kapitel für sich ist die Behandlung der po-  
litischen Untersuchungsgefangenen. Die  
Strafprozessordnung bestimmt, daß einem Untersuchungs-  
gefangenen nur solche Beschränkungen auferlegt werden dür-  
fen, welche zur Sicherung des Zweckes der Haft oder zur  
Aufrechterhaltung der Ordnung im Gefängnisse notwendig  
sind. Wer auch nur einen Blick in die Untersuchungsgefäng-  
nisse geworfen hat, der weiß, daß sich die Untersuchungs-  
haft in Wirklichkeit fast in nichts von der Strafhaft unterscheidet:  
die gleichen unzulässigen Hellen, die gleiche unzureichende  
Verpflegung, rigorose Einschränkung der Besuche und Ein-  
engungen der persönlichen Freiheit, die weit über den  
Rahmen der Untersuchungshaft hinausgehen. Den größten  
Teil der politischen Untersuchungsgefangenen hat man noch  
dazu unter die Diktatur des Militärs gestellt. Zu welchen  
Ergebnissen dies geführt hat, ist ja aus den Veröffentlichun-  
gen in der Presse und aus den Geständnissen des Gouver-  
neurs von Berlin, Herrn Schöpflin, hinreichend be-  
kannt geworden.

Die Gefängnisbeiräte, deren Bildung für die  
andern größeren Strafanstalten bereits vor mehr als vier  
Monaten von dem damaligen stellvertretenden Justizmini-  
ster Dr. Heinemann angeordnet worden sind, ohne daß man  
bisher von ihrer Verwirklichung irgend etwas gehört hätte,  
würden gerade für Untersuchungsgefangene von besonderer  
Bedeutung. Mit Recht hat deshalb die Berliner  
Stadiverordnetenversammlung vor kurzem  
die Ausdehnung dieser Verfügung auf Unter-  
suchungsgefangene verlangt. Ist doch die Unter-  
suchungshaft, selbst wenn sie human gehandhabt wird, ein  
Uebel, das wegen der Ungezogenheit seiner Dauer und der  
unermesslichen Möglichkeit seiner Verhängung den Betroffe-  
nen viel schwerer trifft, als die Strafhaft.

Meine Ausführungen können nur einen kleinen Ein-  
schnitt aus der Praxis bieten, welche die gegenwärtige Re-  
gierung bei der Verhängung der Untersuchungshaft gegen  
ihre politischen Gegner verfolgt. Wenn sie glaubt, daß der  
Gefängnisstrafe eine geeignete Brüstung für regierung-  
streue Bestimmung bildet, so wird sie eine bittere Enttäu-  
schung erleben!

## Silberschlag und Offizierkorps.

Von H. von Gerlach.

Vor einiger Zeit gingen durch die österreichische Provinzial-  
presse merkwürdige Erörterungen über das Schicksal des Sil-  
berschlags des Königs Peter von Serbien. In der  
Berliner Presse sind ungedruckt geblieben. Aber sie scheinen mit  
so charakteristisch für die Zustände unter dem alten Regiment  
und den Geist, der noch jetzt gewisse Offizierskreise beherrscht,  
daß ich die Aufmerksamkeit auch in Berlin auf sie lenken möchte.

In der in Jüterburg erscheinenden Oideutschen Volkszeitung  
hätte der Unteroffizier Emil Brust, früher Vorgesetzter  
des Soldatenrates des in Jüterburg garnisonierenden Infan-  
terieregiments Nr. 45, die Aufstellung des serbischen Silberschlags  
unter das Offizierkorps dieses Regiments zur Sprache  
gebracht. Diese Veröffentlichung hatte eine doppelte Wirkung.  
Einmal trug sie Herrn Brust einen Strafantrag wegen Verleumdung  
ein. Und dann zeitigte sie seitens des Ober-  
leutnants und Regimentskommandeurs Wode eine Verurteilung  
auf Grund des Preßgesetzes an die Oideutsche Volks-  
zeitung. Diese Verurteilung hat die Eigenart, daß sie in allen  
wesentlichen Punkten die Richtigkeit der Angaben Brusts bestätigt.  
Wie letzter und bezeichnendster Absatz lautet:

„Es ist unwohl, daß es sich, wie es aus gewissen Wen-  
dungen des Artikels hervorgeht, bei der Verwendung des  
Silberschlags um Unregelmäßigkeiten oder noch schlimmeres

handelt. Wahr ist vielmehr, daß der Silberschlag  
seinerzeit dem Offizierkorps auf dessen an-  
drückliche Anforderung als Ersatz für das durch den  
Russeneinfall verlorene Tafelgerät überwiesen worden  
ist. Seine Bestimmung war ursprünglich, als Tafelgeschloß  
für feierliche Gelegenheiten zu dienen, als eine stets diebe-  
innerung an die rühmlichen Waffentaten des Regiments. Da  
das Regiment aufgelöst wird und damit das Offizier-  
korps, so ist der Silberschlag unter die Angehörigen  
des Regiments verteilt worden, nicht, wie  
in dem Artikel heißt, unter den wenigen beteiligten Offiziere,  
sondern unter alle Angehörige des Offizierkorps (58 Offi-  
ziers), nicht, um sie zu bereichern, sondern damit die  
Stücke als bleibende Andenken in den Familien der  
Offiziere bleiben sollen.“

Wode, Oberstltn. und Regis.-Kommandeur.  
Daß das Offizierkorps, das durch den Russeneinfall  
Tafelgerät seines Rasins verloren hat, als Ersatz dafür ein  
den Belgrader Silberschlag „anfordert“, spricht nur für sein  
naive Unberücksichtigung. Daß aber irgendeine hohe militärische  
Stelle — welche? nach Brust unbedeutend gebliebener Ange-  
höriger des R.O.R. 11 — diese „Anforderung“ schlangens-  
sprachen hat, ist etwas Erstaunliches anzusehen.

Es gibt nur zwei Möglichkeiten. Entweder war der  
Belgrader erbeutete Silberschlag Privateigentum des serbi-  
schen Königs, dann war seine Fortnahme glatte Diebstahl  
des Offizierkorps des 45. Inf.-Regiments wurde durch Diebstahl  
bereichert. Oder er war serbisches Staatsgut. Dann dürfte er wohl nach Kriegrecht zugunsten des Deutschen  
Reiches eingezogen, aber nie zum Privatbesitz eines einzelnen  
Offiziers verwendet werden. Die militärische Stelle, die die  
Anordnung, hat sich eines schmerzlichen Mißbrauchs und eines  
großen Schädigung der finanziellen Reichhaltigkeit  
essen schuldig gemacht.

Als unteroffizier Brust die Sache zuerst beim Regiments-  
kommandeur zur Sprache brachte, wäre es vielleicht noch Zeit  
gewesen, den Raub des Silberschlags wieder gut zu machen. Selb-  
er in Jüterburg ruhte, war die Möglichkeit gegeben, eine rechtliche  
Prüfung darüber anzustellen, wem eigentlich das Eigentum an  
dem Schutze, und je nach ihrem Ergebnis das Ganze dem rechtmäßigen  
Eigentümer wieder zugestellt. Nun ist es wohl zu spät.  
Die einzelnen Stücke des Silberschlags sind nach allen Richtungen  
der Windrose auseinander geflüchtet. Jeder Offizier, der sie  
glücklich empfing, hat damit machen können, was er wollte.  
Oberstleutnant Wode freilich meint, sie seien „nicht zur Veräuße-  
rung“ der Offiziere bestimmt gewesen, sondern das „bleibende  
Andenken“. Das ist reichlich naiv gedacht. Was bei den heutigen  
Silberpreisen ein schönes Stück silbernes Tafelgerät gekostet  
hätte, hat er angenehm bereichert, ob er will oder nicht. Und  
kann damit machen, was er will. Geht es ihm familiär  
gut, so wird ihm niemand einen Vorwurf daraus machen, wenn  
er die Silberware bestmöglichst veräußert.

Immerhin — zu einer ethischen Unter-  
suchung der Angelegenheit scheint es mir noch nicht zu spät zu sein.  
müß festgestellt werden, welche Stelle für die Heberhebung  
Silberschlags nach Jüterburg verantwortlich ist. Sie ist  
Rechenschaft zu geben und zur Schadloshaltung anzuhaltend.

Gerade an Serbien ist unendlich viel gut zu machen  
nicht bloß von Österreich-Ungarn, auch von uns. Mehr  
schonlichen Veränderungen, die in Belgrad auch von den  
Offizieren verübt werden sind, braucht man nur den  
Dr. Schlieffens zu hören, unseres früheren Konsuls dort.  
er im Winter 1918 wieder nach Belgrad kam, wurde ihm  
in dieser Beziehung eine solche Fülle von Material überreicht,  
daß man als Deutscher sich einfach schämt. Seine eigene  
war übrigens auch von deutschen Plünderern heimgeführt  
worden.

Wenn der „Silberschlag König Peter“ von Rechts wegen  
steht, läßt sich erst nach gründlicher zuverlässiger Prüfung  
Sicher oder ist, daß es den deutschen Offizieren nicht ge-  
boten bekommen haben.

## Beschlagnahme von Waffen bei einem Agrar...

Aus Halberstadt wird uns geschrieben:  
In Verdenburg bei Halberstadt, einem Ort  
etwa 2000 Einwohnern, Beschlagnahme am 8. Juli  
dortige Arbeiter mit Hilfe der Polizei 80 Infanterie-  
gewehre und 2000 Patronen, die beim Land-  
wirtschaf, dessen Sohn Majoroffizier ist, vor kurzem beschlagnahmt

## ... so lachen können.

Von Reinhold Fischer.

Trübes Licht fällt durch die hohen Scheiben des Schalgimners.  
Meine Jungen schreiben ihren Aufsatz. Sie wählen ihn sich selbst.  
„Wie ich recht sein kann.“ Es ist eine Lust, zu lesen, wie die  
Kleinen malen — ein Paradies — als wähten sie nicht vom  
Sond und all dem Jammer unserer Tage. Ja... und soviel  
lachen können wie ich will. Lachen! Klingt's nicht wie ein Ton  
aus fernem Zeiten: Unsere Augen waren noch blank und die  
Stirnen glatt und wieder in Angenden Nehen! Nur schweigen  
die streng geschnittenen Lippen; der regenschwarze Tag legt  
seine Schatten um die erloschenen Feuer, die einst in jedem Witz  
lohten. Nur dann und wann noch fladert's dein. Doch fehlt der  
Freude stiller Klang, der sonst die streichen Bäume hell verblende.

Dem Hofe durch die offenen Fenster schallt's heraus, hart,  
schneidend: Arrechts um! Abstellung — marsch! Und über das  
Kastellpflaster klingen die Schritte der Kleinen Püße, hell und  
scharf: eins — zwei — eins — zwei... Das ist der Takt des  
Alltags. Darüber hängt, grau und drohend, der schwere Wolk-  
himmel. Und immer hallt es — wie Schläge ins offene Gesicht:  
eins — zwei — eins — zwei...

Nach überläuft's wie ein frostiger Regenschauer. Und vor  
mir türmen sich Mauern hoch, grau, erdlos grau, darin  
Fenster sind die Hundert trüblichen Augen, die voller Schwermut  
und Trauer hineinschauen, hinüber in die grüne Welt weit  
drüben, wo Mädchen in langen Röcken nach Sonne laufen und  
muntre Knaben lachen sagen: Das Leben lacht! So lachen  
Winnen... und frei sein... wie mühte das wohlsein! Doch  
lauert der Alltag in allen Ecken. Im Rhythmus des Gleichschritts  
tappen die Stunden in langen, dunklen Korridoren. Ein grün-  
fendes Schimmer umschleiert das Haus. Im Hof aber tönen wuch-  
rige Schritte, dumpf, müde und doch voll beschaffener Tropen im  
Gleichmaß: eins — zwei — eins — zwei...

Und wieder kehren meine Gedanken zurück. Hier oben, da  
klüben junge Herzen, goldweiss im Bewußtwerden goldener  
Kinderfreuden: Freude und Freiheit, Spiel und Sang — dort  
unten kampfeln seit einer halben Stunde schon widerpenntige  
Weine mechanisch über Stein und Kies. Nur mühsam erhascht das  
Licht noch den Gleichklang Schnarrender Kommandos, Kinder-

langt der süßende Wind nach Wald und Wiesen wo fröhlich flüchte  
Weut frei ihre jungen Kräfte regt. Schön wird es hell am  
Waldesaum. Die ersten spärlichen Strahlen schmelzenden,  
lodenden Sonnenlichts fliegen zur Erde — der Himmel lacht!  
Da nicht's wie dürstende Sehnsucht flühen im Schatten: So  
kommen... und frei sein... o, wie mühte das wohlsein!

## Der Tower.

Die Engländer wollen Wilhelm II., sofern er von der hollän-  
dischen Regierung ausgeliefert wird, nach London in den Tower  
überführen, in dieses ehemalige Staatsgefängnis, das in langen  
Jahrhunderten englischer Geschichte Zeuge vieler Verfolgungen  
und Schicksale, tragischer Schicksale und gefallener Krone ge-  
wesen ist. Von Thomas More, dem König Heinrich VIII.,  
der im Jahre 1535 hier enthauptet wurde, bis zu dem Iren  
Sir Roger Casement, der im Jahre 1916 am Galgen starb, sind es  
die berühmtesten Namen aus englischen und schottischen Ge-  
schichte, die in der alten Zitadelle, viele Jahre der Freiheit  
beraubt, schließlich auf dem Schaffot endeten. Anna Bolshak, die  
auf Befehl ihres Gemahls Heinrich VIII. anno 1536 und  
Königin Katharina Howard, die 1542 enthauptet worden ist,  
Margaret Pole, Gräfin von Salisbury, Lady Jane Grey und ihr  
gleichfalls hingerichteter Gemahl Dudley; der Graf Essex und noch  
viele andere, die gehängt wurden. Es alle, die einst im Tower  
harrten, liegen in der kleinen Kirche St. Peter oder auf dem  
kleinen Friedhof begraben, der sich neben der Kapelle in der nord-  
westlichen Ecke dieser unheimlichen Festung befindet. Die Wilhelm  
der Groberer im Jahre 1078 erbaute, quert den Weißen Turm,  
der, ein mächtiges, über 90 Meter langes und breites Viereck,  
23 Meter hoch in die Höhe ragt, umschlossen von drei bis vier  
Meter dicken Mauern und Thürmen. Um ihn herum erstanden  
später die zahlreichen anderen Türme, Bastionen und Anbauten  
der weitgedehnten Festung, die die alte Zitadelle Londons war, die  
auf Herz II. auch gelegentlich als „Königliche Festung“ diente.  
Hauptsächlich aber war der Tower seit Staatsgefängnis, und erst  
im 19. Jahrhundert wurde er als Arsenal nutzbar gemacht. In  
dem runden Walfisch Tower werden die englischen Kronjuwelen  
aufbewahrt, unter ihnen der berühmte Cullinan-Diamant aus  
Pretoria, der größte der Erde.

## Nächste Totenfeier in Paris.

Dem französischen Siegesfest, das am 14. Juli, dem Tag  
der Erstürmung der Bastille, gefeiert werden wird, soll  
Abend vorher eine Feier vorangehen, die den im Kriege Ge-  
lenen gewidmet ist. Der Art de Trümmer in Paris  
wird mit einem ungeheuren Schiefer verhäutet und von purpur-  
roten Vorhängen umhüllt werden. Unter dem Bogen soll  
ein von großen Fackeln umringter Ehrenkranz erheben  
Waffenkreuze werden den „Helden der Toten“ verfallen, während  
mit Fahnen geschmückte Artilleriegeschütze von allen Seiten  
selbern herbeiführen werden, auf denen französische Gefallene  
ruhen. Nun soll sich der Zug nach dem Pantheon in Bewegung  
setzen; jeden Wagen sollen die Witwen jener Gezwungen  
umgeben, aus denen die in dem jeweiligen Gefährt befindlichen  
Erde entnommen ist. Den Wagen werden die Angehörigen der  
Krieger und der Gefallenen folgen. Auf den Stufen des Pan-  
theons wird ein Altar errichtet. Auch an den vier Ecken des  
Pantheons werden Altäre errichtet werden, die der Sonne, der  
Schlacht, den beiden Wagnerschichten und der Schlacht  
Verdun gewidmet sind. Hier werden die Artilleriegeschütze  
von den Schlachtfeldern stammende Erde niederlegen.

Kranz Strossen, mehrheitssozialistischer Redakteur der  
sachsenburgischen Volkszeitung, ist 45 Jahre alt, an einem  
selben gestorben. Seit der Revolution war er mecklenburgischer  
Ministerpräsident. Er hat gemeinsam mit Robert Reppert  
mehrere Volksstücke verfasst, von denen die Aufführung des be-  
rühmten Landarbeiterdramas „Verflucht sei der Acker“  
der „Freien Volksbühne“ geplant ist.

Die Humboldt-Hochschule hat im letzten Herbst  
vierteljahr über 8100 Hörer (gegen 4875 im Frühjahr 1918)  
sich verzeichnet. Im ganzen haben an den Vorlesungen im  
letzten Schuljahr fast 30 000 Hörer (gegen ungefähr 26 000 im  
vorigen Schuljahr) teilgenommen. Die Organisation der Hoch-  
schule befindet sich gegenwärtig in einer Umgestaltung, ins-  
besondere auf die äußere Organisation und den organisatorischen  
Aufbau des inneren Vorlesungswesens Wert gelegt werden.  
Herr Konradus spricht Karl August Willigshelms  
Dienstag, den 8. Juli, in der Berliner Seession, Kurier-  
blatt 232, an dem vierten hainastischen Abend 8 1/2

Worben waren. Diese Nordwaffen stammen aus dem Artilleriedepot Magdeburg. Auf Detenburg sollte von Halberstadt und Merseburger ein „Angriff“ erfolgen und zu diesem Zweck hätten sich mehrlinige Agrarier diese Schießprügel beschafft. In Detenburg ist die Ostgruppe der S. P. D. vor kurzem geschlossen zur U. S. P. übergetreten und darob zittern die Agrarier.

### Noch ein Wort zum Prozeß Klüber.

Wie berichtigt unsere Zurückhaltung in der Beurteilung der Verhandlungen im Prozeß Klüber war, und wie zutreffend unsere Anschauung, daß der von einer bürgerlichen Korrespondenz stammende Prozeßbericht unmöglich ein vollkommen objektives Bild der Vorgeschichte des Prozesses und der Verhandlungen selber zu geben imstande sein konnte, das beweist ein Artikel des halleischen „Volksblattes“. Der Berichterstatter dieser Zeitung hatte die Möglichkeit, dem Prozesse von Anfang bis zu Ende beizuwohnen, und spricht daher aus persönlicher Kenntnis.

Wie sehen aus seinem Berichte, daß, wie wir bereits angedeutet haben, die Beweisaufnahme niemals das endgültige Urteil gerechtfertigt habe. Wohl ergab der Prozeß, daß die Angeklagten sich in dem Hausen befanden, der die Lösung des Oberleitnants Klüber mit ansah, dagegen ist durchaus nicht der zweifelhafte Beweis erbracht, daß die Angeklagten selber persönlich an der Lösung beteiligt waren. Bei der geradezu vollständigen Divergenz der Zeugenaussagen über die Schuld der einzelnen Angeklagten konnte das Urteil höchstens auf ein „non liquet“ (nicht bewiesen) lauten. Doch die Entscheidung war allein von dem blinden Gaf der Bourgeoisie geleitet, ein Exempel zu statuieren. In völlig ungeschickter Weise peitschte der Staatsanwalt die Hahnstünke der Geschworenen auf, indem er erklärte, daß Deutschland niemals eine solche Untat gesehen habe. Angesichts der geschlossenen Abschaltungen der Führer des Proletariats in den letzten Monaten kann eine solche Behauptung nur als eine unerhörte wahrheitswidrige Stimmungsmache bezeichnet werden.

Und auf der gleichen Stufe stand der Anspruch des Staatsanwalts, daß das Volk einen milden Mißspruch in diesem Prozesse nicht begreifen würde. Für den Staatsanwalt mögen „Koll“ allerdings nur die Strafe sein, denen die Geschworenen ausnahmslos angehöhen, nämlich Kaufleute, Grundbesitzer und Mittelständler. Das Rechtsempfinden des Volkes aber fühlt, daß die Angeklagten, selbst wenn sie tatsächlich die Täter gewesen sein sollten, nur die Opfer der durch die volkfeindliche Politik der Regierung und durch die Provokationen der freiwilligen Gruppen in Halle maßlos erregten Volkseidenschaft geworden sind, daß ihre Körper nicht mehr die Strafe aufzubringen vermochten, diese Bedenklichkeit zu begreifen.

Mit vollem Rechte sagt unser halleisches Bruderblatt, daß die Entscheidung der bürgerlichen Massenrichter in diesem Prozesse von neuem den Beweis für die dringende Not der Reformierung unserer Justiz und für die Forderung der Schaffung nur durch das Volk erwählter Richter gebracht habe.

### Unruhen in Kaf'owig.

Wie die „Ostdeutsche Morgenpost“ aus Kaitowig erzählt, kam dort am Sonntag nachmittag 3 Uhr zu schweren Ausschreitungen bei einer Massenkundgebung, durch die gegen die Befehle Oberstleutnants durch die Armees Haller Einspruch erhoben und dem Wunsch Ausdruck gegeben werden sollte, daß Oberstleutnant durch amerikanische Truppen besetzt werde. Etwa 4000 Polen, die aus der weiteren Umgebung zum Teil auf Leitern nach Kaitowig gekommen waren, um die Kundgebung zu fördern, entrißen den Frauen und Kindern die Fahnen und schlugen damit auf diese ein, schrien die Redner nieder und warfen sie von den Tribünen herunter. Auch gegen die Polizeibeamten und die Soldaten des Grenzschutzes, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung kommandiert waren, gingen sie gewaltig vor. Die Unruhen dauerten etwa eine Stunde, bis militärische Verstärkungen eintrafen. Es sind einige Tote und eine Anzahl Verletzte zu bezeichnen.

### Für die hungernden deutschen Frauen und Kinder.

Auf Veranlassung der Deutschen Gesellschaft für Staatsbürgerliche Erziehung in Berlin-Galerien sind vier Vertreterinnen des Züricher Frauenkongresses hier eingetroffen, um in Berlin, Breslau, Chemnitz, Dresden, Halle und Leipzig die Wirkungen des furchtbaren Weltkrieges und der Hungerkatastrophe auf die Gesundheit der deutschen Frauen und Kinder einzeln und eingehend studieren zu unterziehen. Auch die Bevölkerung des Erzgebirges, deren Rot Kreuzhauptmann in seinem ergreifenden Aufsatz schildert und für die bereits umfassende Sammlungen eingeleitet worden sind, werden die Damen besuchen. Außer einer Engländerin nehmen an der Mission teil die beiden Amerikanerinnen Miss Adams, Vorsitzende des Züricher Frauenkongresses, und Miss Hamilton, ferner die holländische Kerstin Uleita Jakob. In ihren Heimatländern wählten diese Frauen dann in Wort und Schrift die Ernährungsstände bei uns nach eigenen Beobachtungen schildern und zur Verringerung der Not, unter der besonders Frauen und Kinder unglücklich gelitten haben, beitragen.

### Gleichberechtigung der Frauen in England.

T. U. Amsterdam, 5. Juli.  
Bei der dritten Lesung im Londoner Unterhaus wurde der von der Arbeiterpartei eingereichte Antrag, der den Frauen dieselben Rechte zubilligt wie den Männern, angenommen. Vorher empfahl die Annahme des Regierungsentwurfes und hat um die Verankerung des Antrages der Arbeiterpartei, da er nur schlechte Verhältnisse und der Regierungsentwurf besser den Anforderungen entspricht. Die Arbeiterpartei und die unabhängigen Liberalen widersprechen sich energisch dem Antrag der Regierung, dieser wurde mit 100 gegen 85 Stimmen verworfen. Man legt dieser Niederlage der Regierung große politische Bedeutung bei. Nach dem angenommenen Gesetzentwurf der Arbeiterpartei können die Frauen für alle Staatsämter gewählt werden. Der Regierungsentwurf beseitigte zwar viele Ungleichheiten in den Rechten der Frauen, billigte aber nicht allen Frauen das Wahlrecht zu. Die Niederlage der Regierung ist um so bemerkenswerter, weil sie alle Koalitionsmitglieder erfuhr hatte, der Sitzung beizuwohnen.

### Die Lage der Hochbahnangestellten.

Von einem Hochbahnangestellten wird uns geschrieben: Wir Hochbahner werden vom ganzen Berliner Verkehrsamt am allerschlechtesten bezahlt. Die Verwaltung unter der

Verwaltung ist durch die Sagen nachrichten der bürgerlichen Presse und der ehemaligen Arbeiterzeitung „Vorwärts“ gegen uns. Es wird uns glatt gesagt: Warum streift Ihr, Ihr habt doch 300 M. Lohn. Seit Ihr damit noch nicht zufrieden? Wenn man den Reuten die Wahrheit sagt, glauben sie es einfach nicht. Man muß sich überdies schämen, seinen monatlichen Verdienst von 270 bis 300 Mark zu nennen. Es sind Hunderte von Ho-

## Parteigenossen! Werdet Mitglied der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“.

### Wer kann zeichnen?

Jedes Mitglied der U. S. P. D. kann die Mitgliedschaft erwerben.

Es sollte Ehrenpflicht aller Genossen sein, die für die Entwicklung der Partei und der „Freiheit“ sorgen wollen, nicht nur selbst die Mitgliedschaft so rasch als möglich zu erwerben, sondern auch eifrige Propaganda für den Beitritt zur Genossenschaft zu entfalten.

### Welche Beträge werden gezeichnet?

Jeder Anteil lautet auf 20 M., doch ist die ratenweise Entrichtung in Beiträgen von je 5 M. gestattet. Jedes Mitglied kann bis zu 1000 Anteilen erwerben, doch hat es in der Generalversammlung trotzdem nur eine Stimme, genau wie das Mitglied, das nur einen Anteil besitzt.

### Wo wird gezeichnet?

Beitritts-erklärungen für die Genossenschaft sowie Zeichnungen auf Anteilscheine werden entgegengenommen:

1. in der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Schiffbauerdamm 19,
2. in allen Filial-Expeditionen der „Freiheit“,
3. in allen Büros der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei,
4. bei allen Bezirksführern, besonders an Zahlhabenden, und
5. überall dort, wo Werbeplakate zum Beitritt in die Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ ausgehängen.

Nur diese Stellen und Personen sind berechtigt, Zeichnungen entgegenzunehmen. Sie sind verpflichtet, für jede Zeichnung eine über den entsprechenden Beitrag lautende Quittung auszustellen, die mit der laufenden Nummer versehen ist.

### Wie wird gezeichnet?

Der Beitritt geschieht durch Ausfüllen der Beitritts-erklärung und Entrichtung einer einmaligen Einschreibgebühr von 1 M. sowie des Beitrages für die gezeichneten Anteilscheine (20 M., 40 M. usw.) oder der Ratenzahlung (5, 10 oder 15 M.).

Wer mehr als einen Anteil zeichnet, muß ein weiteres Formular ausfüllen, das die Aufschrift trägt: „Weitere Anteilserklärung“.

### Was muß ich sonst wissen?

Die Anteile werden mit 5 v. H. verzinst und sind mit einjähriger Frist kündbar.

Die in Anteilscheinen der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ angelegten Gelder sind eine nach jeder Richtung hin durchaus sichere Anlage. Sie dienen nicht zur Verrückung laufender Ausgaben, sondern zur Schaffung verbodender Anlagen (eigene Druckerei usw.) und der ständigen Vergrößerung und Ausgestaltung des Blattes.

## Deshalb, Parteigenossen, an die Arbeit! Sorgt für massenhaften Beitritt und Zeichnung von Anteilscheinen!

millenbütern, die am Monatslohn mit 270 Mark nach Hause gehen. Und dann verlangt die Gesellschaft noch 100 Mark Ration und volle Ehrlichkeit. Die Revuegeheften arbeiten sogar 14 Tage lang für 6, 20 M. Tage Lohn. Ich mache darauf auch aufmerksam, daß viele 16 Jahre Angestellte noch lange nicht 300 Mark Monatsgehalt haben.

Ein Strophenbinder der Siemensbahn schreibt und: Da ich streikfähig bin, kann ich infolge ärztlichen Attestes nicht angestellt werden, trotzdem ich die Arbeit leisten könnte. Man kam mir insoweit entgegen, daß ich als Ausschließhelfer weiter im Betrieb arbeiten kann. Dafür erhalte ich die fürstliche Entlohnung von 11 Mark pro Tag. Außerdem werden noch 8 von 4 freien Tagen im Monat vom Lohn in Abzug gebracht. Der Monatslohn beträgt also für mich 68 resp. 74 Mark. Wer von der Berliner Bevölkerung urteilen kann, wie sich wohl sagen müssen, daß man damit kein herrliches Leben führen kann, sondern daß Schulden über Schulden gemacht werden müssen, um durchzukommen. Wir Angestellten der Siemensbahn sind leider noch viel schlechter gestellt, als die Kollegen der Großen Berliner.

## Deutscher Gewerkschaftskongress.

### 6. Verhandlungstag. (Schluß.)

Zum Ausbau der Sozialversicherung mit dem Antrag Wiebels beschlossen, daß der Kongress den Ausbau der Sozialversicherung für dringlich erklärt und die Generalkommission beauftragt, durch eine Sachverständigenkommission Vorschläge dafür zu treffen.

Es werden dann zahlreiche Anträge erfolgt. Der Kongress sprach sich für ein Reichsgewerksamt aus und für Kommunalisierung der Arbeitersekretariate. Er fordert Erhöhung der Lebensmittelpreise, verleihe Gefangenen aller rationierten Lebensmittel und wendet sich gegen die Spekulationen von Grund und Boden. Er fordert weiter, daß bei Betriebsstörungen der Lohn weiter gezahlt wird.

Zu stürmischen Ausbrüchen führt ein Antrag, dem das begründet, der sich gegen die Anhebung der Arbeitszeit in den besetzten Gebieten des Westens richtet. Die man nimmt bei dieser Gelegenheit Anlaß, die Regierung und die Politik der Reichssozialisten und Reiches in schärfster Weise anzugreifen.

Angenommen wird einstimmig ein Antrag, der fordert, daß bei der Wiederverstellung des gefährdeten Gebietes der private kapitalistische Gewinn ausgeschlossen wird. Zu stürmischen Ausbrüchen kommt es beim Antrag der Verbandskommission, der betreibt, daß Gewerkschaftsmitglieder befristet wegen der Zugehörigkeit zur Reichswehr unter Ausschluß aus der Organisation ihrer erworbenen Rechte beurlaubt werden. Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Opposition mit großer Mehrheit angenommen. Eine Entschließung Dilmanns, welche gegen die Reichswehr protestiert, die heute angewandt werden, um Arbeitseinstellungen proletarischer Soldaten mit Waffengewalt niederzuwerfen, wird antragsgemäß zur Kenntnis genommen.

Namens der ausländischen Delegierten sprach Domed-Blen seine Freude aus, daß der Kongress die Einigkeit der Gewerkschaften aufrechterhalten habe und spricht den Wunsch aus, daß der nächste deutsche Gewerkschaftskongress in Wien abgehalten werde. (Stürmischer Beifall.)

Der Vorsitzende Reichel hielt dann eine längere Rede, in der er ebenfalls seine Genugtuung ausdrückt, daß es gelungen sei, die Einigkeit trotz aller schweren Verunsicherungen behaupten zu erhalten. Der Redner schließt mit einem Hoch auf die Gewerkschaften und die deutsche Arbeiterbewegung.

### Sozialistische Rechtsfragen.

Aus mehrheitssozialistischen Kreisen schreibt man uns: Mit Spannung wurden feinerzeit die Erlasse über Abschaffung von Strafvermerken in den Strafregistern im Volke begrüßt. Viele, die sich jahre- und jahrzehntelang todeslos und straffrei gefühlt hatten, aber immer das Bewußtsein einer vorübergehenden Strafe mit sich herumtrugen, glaubten, erleichtert aufatmen zu können. Man möchte glauben, daß ein gelöschter Strafvermerk überhaupt nicht mehr existiert. Weil geschieht: ein aller sozialer Neuerungen verhängnisvolles gegenüberstehendes Bürokratismus hat einen Weg gefunden, den „Bognadigten“ auch weiterhin zu brandmarken. Lauter der Antrag im Strafregisterausgang beim tatsächlichen Unbestehen „nicht bestraft“, so wird bei dem, dessen Strafe gelöscht ist, den Gerichten und höheren Verwaltungsbehörden zunächst die „gelöschte“ Strafe genau mitgeteilt und sodann bemerkt: „Diese Strafe ist gelöscht.“ Es muß gefordert werden, daß die gelöschten Strafen niemandem mitgeteilt werden, ja, daß im Strafregister überhaupt nicht mehr zu erkennen ist, daß der Betreffende jemals bestraft war.

Nachdem 7 Monate sind seit der Revolution verstrichen. Unsere „sozialistische“ Regierung entwirft sich zwar über die Unverschämtheit der Entente, hat es aber bis heute nicht der Mühe wert gehalten, eine wahrhaft ideale sozialistische Verfassungskonferenz in der oben vorgeschlagenen Form bei unserm eigenen schwer gedrückten Volk zu berufen. Müßen auch hier wieder die Juristen der U. S. P. D. die treibende Kraft sein und das sozialistische Gewissen wecken?

Wir können uns dieser Forderung noch wirkliche Verschwinden aller gelöschten Strafen nur voll anschließen. In gleicher Weise müssen wir aber auch fordern, daß die völlig unsozialen Strafbestimmungen der Amnestieverordnungen vom Dezember 1918 abgeändert werden. Denn danach wird die Strafe eines Menschen, der sich der Strafverbüßung dauernd zu entziehen gewohnt hat, gelöscht, dagegen bleibt die Strafe eines andern, der, wenn er auch nur 1 Tag seiner Strafe bereits verbüßt hat, in den Registern bestehen.

### Aus der Partei.

#### Uebertritte zu unserer Partei.

Zu ungeheurem Aufschwunge schreitet unsere Partei weiter vorwärts. Von Tag zu Tag mehren sich die Uebertritte aus den Reihen der Reichssozialisten nicht nur einzelner Personen, sondern vor allem ganzer Bezirke. So selbstlich neuerdings, wie die „Tribüne“, unser Bruderblatt für Schwarzburg-Sondershausen, am 27. Juni mittel, die Mitgliedsversammlung der rechtssozialistischen Partei in Rikendorf im Schwarzatal einstimmig zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei überzutreten. Ferner wurde beschlossen, daß die rechtssozialistische „Sozialer Volksblatt“ für die Rikelder nicht mehr in Betracht kommen könne, sondern nur noch ein Organ der Unabhängigen. Dergleichen konnte in der ersten Mitgliedsversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Halle der Vorsitzende mitteilen, daß in ganz kurzer Zeit bereits 100 Uebertritte aus der rechtssozialistischen Partei zur U. S. P. D. erfolgt seien, und daß bestimmt zu erwarten wäre, daß die Rikelder Arbeiter in kurzer Zeit geschlossen zur Unabhängigen Partei überzutreten würden.

### Aus aller Welt.

Die erste Oceanüberquerung eines Luftschiffes. Das englische Luftschiff R 34 mit Piloten die am 2. Juni die Äkthe erreicht. Es überstieg die Äkthüste an der Nahe Dams-Ducht und landete dann seinen Kurs in südlicher Richtung.

Es ist dies das erste Mal, daß es einem Luftschiff gelungen ist, den Ocean zwischen Europa und Amerika zu überqueren. Die zurückgelegte Strecke beträgt über 4000 Kilometer, und legte das Luftschiff in 56 Stunden zurück, was eine durchschnittliche Stundenleistung von 70 Kilometern entspricht. Das Luftschiff ist übrigens in seinem Aufbau dem deutschen Zeppelin-System nachgebildet.

Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß es erst vor wenigen Wochen zum erstenmal gelungen ist, den Ocean im Flugapparat zu überqueren, so daß das Ziel des Oceanfluges binnen weniger Wochen sowohl durch Flugapparat als auch durch Luftschiff erreicht ist.

Nach einem inwischen eingegangenen Bericht aus Kanton wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß das Luftschiff ge- stungen sein wird, noch kurz vor Erreichung seines endgültigen

Bleib borseltig niederzugehen. Denn nach einer Weibung aus Washington hat das Luftschiff auf drahtlosem Wege mitgeteilt, daß ihm das Wenzig auszugehen drohe. Zwei Perforierer haben den Auftrag erhalten, zur eventuellen Hilfeleistung auszuweichen. Sollte hiernach tatsächlich das Schiff nicht ganz das vorgenommene Ziel haben erreichen können, so bleibt ihm gleichwohl das Verdienst, als erstes Luftschiff den Ozean zwischen Europa und Amerika überquert zu haben.

## Gewerkschaftliches.

### Tarifbewegung bei den Berufsgenossenschaften.

Die Angestellten der Berufsgenossenschaften, welche in Berlin zum größten Teil in der hiesigen Ortsgruppe des Verbandes der Bureauangehörigen Deutschlands organisiert sind, befinden sich zurzeit in einer Tarifbewegung. Der von ihnen aufgestellte Entwurf eines Tarifvertrages soll für die ganze Volksgenossenschaft im Reich Geltung erlangen. Aller Voraussicht nach wird um diesen Tarif ein heftiger Kampf mit den Berufsgenossenschaftsvorständen entzünden, denn bei diesen Körperschaften mit Selbstverwaltung herrscht noch der alte Geist und die Willkür des Unternehmertums. Diese Herren haben bis jetzt wenig Verständnis für die wirtschaftliche Notlage der Angestellten gezeigt. Obwohl man annehmen möchte, daß bei den Trägern der Sozialversicherung die Arbeitsbedingungen der Angestellten in vorbildlicher Weise geregelt sind, ist das gerade Gegenteil der Fall. Viele Angestellte stehen, obwohl sie zum Teil bereits 25 Jahre und länger im Dienst sind, in der Besorgnis hinter gleichartigen Angestellten noch weit zurück. In diesen Verwaltungen herrscht noch der reaktionäre Geist. Das kommende Betriebsratsgesetz ist den Berufsgenossenschaftsvorständen ein Dorn im Auge. In Verhandlungen zwischen Vorständen und Angestellten-Ausschüssen über Arbeitsbedingungen der Angestellten, wie sie die Verordnung vom 28. 12. 18 vorschreibt, ist es, mit wenigen Ausnahmen, überhaupt noch nicht gekommen. Es ist an der Zeit, daß die Demokratisierung des inneren Verwaltungsbetriebes auch hier bald erfolgt, wie es überhaupt notwendig ist, daß bei der in Aussicht stehenden Reform der Sozialversicherung die Vertreter der Arbeiter in allen Zweigen der Sozialversicherung einen mitbestimmenden Einfluß bekommen.

### Lohnbewegung der Musikinstrumentenmacher.

Seit dem 15. Mai haben die Instrumentenmacher die Forderung einer Teuerungszulage von 50 Pfg. pro Stunde gestellt, um damit erst auf den in den anderen Branchen der Holzindustrie geltenden Tarif zu gelangen. In den meisten Betrieben wird ein Stundenlohn von 2,65 Mark noch nicht erreicht; des weiteren wird Anspruch auf Ferien geltend gemacht. Die Unternehmer hatten nun die Sache hübsch in die Länge gezogen. Am 2. Juli fand endlich die erste Verhandlung statt, in der ab 1. Juli aber nur 20 Pfg. Erhöhung für Facharbeiter, 15 Pfg. für Hilfsarbeiter und 10 Pfg. für Arbeiterinnen und Jugendliche zugestanden wurde. Der Anspruch auf Ferien wurde vorläufig abgelehnt mit dem Hinweis auf die Verhandlungen in Würzburg. Inzwischen waren die Arbeiter der Firma Schumann in den Kustand getreten, woraufhin die Unternehmer die Verhandlungen abbrochen. In den beiden Verhandlungen am 3. und 4. Juli in Vereinsheimstätten und im Reichshofhof nahmen nun die Instrumentenmacher Stellung zur Lage. In einer Resolution wurde einstimmig der Herrschaftspunkt der Unternehmer zurückgewiesen, die den Streit bei einer Firma zum Abbrechen der Verhandlungen benutzen wollten. Auf der Forderung von 50 Pfg. Erhöhung wird verharret. Da mit einem Entgegenkommen der Unternehmer nicht zu rechnen ist, wird sich wohl in Laufe der kommenden Woche der Streit nicht vermeiden lassen.

**Handelshilfsarbeiter und -arbeiterinnen der Damenwäscherei, Schürzen-, Jugend- und Kinderkleiderfabrikation.** Der Tarifvertrag liegt nunmehr gedruckt vor. Der Lohn beträgt demnach für männliche Arbeiterinnen mindestens 75 Pfg., für 15 bis 20jährige 60 Pfg., für 16 bis 18jährige 40 Pfg., für 14-16jährige 35 Pfg. pro Woche. Der Zuschlag für ungeschulte beträgt 75 Proz. des Grundlohnes für Männer. Ferner wird allen Angestellten, die sich am 31. Mai in ungeschulter Stellung befinden, eine Wirtschafshilfe in Höhe des ihnen am 31. Mai 1910 zuzurechnenden Vermögen-Einkommens gewährt. Urlaub, Kündigung und Bezahlung der Überstunden sind ebenfalls geregelt. Verträge können im Bureau des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Engelauer 15, in Empfang genommen werden.

**Ein wichtiger Schlichterspruch für Versicherungsangestellte.** Zu der unter obiger Überschrift erscheinenden Notiz teilt uns der Zentralverband der Handlungsgehilfen mit, daß der Arbeitgeberverband der Deutschen Versicherungsunternehmungen, es abgelehnt hat, den Schlichterspruch anzuerkennen. Die Verbände haben sich mit dieser Angelegenheit an den Demobilisations-Kommissar für Groß-Berlin gewandt.

## Groß-Berlin.

### Die Steuererhebung.

Die neue, von der preussischen Landesversammlung auf Anregung unserer Genossen beschlossene Steuernovelle hat den Berliner Magistrat veranlaßt, mit der Einziehung der Steuern zurückzuhalten, weil er die neuen Vollmachten noch zur Anwendung bringen wollte. Im April hatten die Stadtverordneten beschlossen, einen Gemeindesteuerzuschlag von 260 Prozent zu erheben. Inzwischen haben die Ausgaben durch die Millionenausgaben für Erhöhung von Beamtengehältern, für Hilfskräfte und für Löhne solche Dimensionen angenommen, daß die 260 Prozent nicht ausreichen und 300 Prozent erhoben werden müssen. Bei dieser Gelegenheit will der Magistrat die neue Novelle berücksichtigen, die zu einem gleichmäßigen Zuschlag auf alle Einkommen nicht mehr zwingt. Das Gesetz vom 4. 6. 19 stellt nun den Gemeinden frei, durch Beschluß die Besteuerung so zu regeln, daß die natürlichen Personen mit Einkommen bis 1500 M.

freigelassen und die bis 2000 M. nach einem ermäßigten Tarif herangezogen werden, und daß dafür die steuerpflichtigen natürlichen und juristischen Personen mit mehr als 6500 Mark Einkommen nach einem neuen Tarif herangezogen werden, dessen Sätze die geltenden überschreiten. Wird nun für Berlin die Befreiung und Ermäßigung nach dem Gesetz im vollen Umfang gewährt, so ergibt sich ein Ausfall von 11 1/2 Millionen Mark. Die Zuschläge, die dafür von dem Einkommen von mehr als 6500 M. erhoben, würden einen Betrag von rund 36,2 Millionen Mark ergeben. Zur Deckung des Ausfalls müssen also 1/4 der vollberechneten Zuschläge herangezogen werden. Der Magistrat hat sich entschlossen, diese Vorschriften im vollen Umfang einzutreten zu lassen, d. h., alle Einkommen bis 1500 M. bleiben nun frei. Die Steuerhöhe für die natürlichen Personen mit Einkommen bis zu 3000 M. sollen herabgesetzt werden, und zwar bis 1650 M. um 90 Prozent, bis 1800 M. um 80 Prozent, und so fort bis 3900 M. um 10 Prozent. Zur Deckung des Ausfalls sollen dann alle Einkommen von mehr als 6500 M. nach einem Tarif herangezogen werden, dessen Sätze höher sind, als die des § 17 des Einkommensteuergesetzes. Das Veranlagungsgeheimnis für diese Gemeindesteuerpflichtigen ist bis zur Beschlußfassung über diese Vorschläge ausgefetzt, um Verluste an Steuern zu vermeiden.

### Roske gegen die Kriegsbeschädigten.

Dem Internationalen Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen werden seit einiger Zeit sämtliche öffentlichen Versammlungen verboten. Freitag abend sollte im Garten der Löwenbräuer in der Hochstraße, Ecke der Badstraße, eine öffentliche Versammlung des Bundes stattfinden, zu der das Präsidium die schriftliche Genehmigung erteilt hatte. Noch ehe die Versammlung eröffnet war, ertönte die Arbeiter-Signale den Refrain der „Internationale“. Rufe hörte die Sängler sangen, ratterten vier Autos mit Maschinengewehren und Revolvern an, mit einer Besatzung von etwa je 50 Mann gegen die versammelten Kriegsbeschädigten heran. Ein Offizier wollte die noch gar nicht eröffnete Versammlung auflösen. Trotz Hinweis auf die schriftliche Genehmigung des Polizeipräsidiums, blieb er dabei, daß die Versammlung auf Grund eines allgemeinen Verbotes nicht stattfinden dürfe.

Während der Unterhaltung einiger Kriegsbeschädigter mit dem Offizier, spielte ein Zivilist eine auffällige Rolle. Er machte sich an den Offizier heran, zeigte ihm vertrauensvoll eine Karte, worauf der Offizier sich in ein freundschaftliches Gespräch mit ihm einließ. Dieser Zivilist zeigt, wie später festgestellt werden konnte, im Dienste der Polizei und gab sich als Wachmeister Roske aus. Da er aber in Zivil politische Versammlungen besucht, kann es sich nur um einen Spion handeln.

Die zu Hunderten versammelten Kriegsteilnehmer waren besonnen genug, der bewaffneten Macht zu weichen. Ohne besondere Zwischenfälle zerstreute sich die Menge. Das also ist der Dank der Regierung an die ehemaligen Kriegsteilnehmer und Kriegskrüppel, daß sie nicht einmal in Versammlungen ihre Angelegenheiten besprechen dürfen. Kapitalisten und Kriegsgewinnler dürfen das Versammlungsverbot in ausgiebiger Weise ausüben. Die Arbeiter dagegen, die jahrelang an dem opferreichen Kriege teilgenommen und als Krüppel heimgeführt sind, werden wie Heloten behandelt.

### Wenn Kinder aus der Schule plaudern.

Am Freitag kam es vor den Geschäftsräumen des Städt. Arbeitnachweises in Schöneberg zu folgendem Austritt: Der zehnjährige Sohn eines Kaufmanns Sachz belästigte eine Gruppe Arbeitloser durch freche, beschimpfende Redensarten. Als die Arbeitlosen den Jungen zurückwiesen, zog dieser einen Revolver und bedrohte die Arbeitlosen. Man nahm dem Bürgerjungen das Schießwaffen natürlich sofort ab, den Jungen brachte man zur Festhaltung der Personalarbeit auf das Bureau des Schöneberger Arbeitslokals. Hier bekannte der Junge, daß sein älterer Bruder, Mitglied der Einwohnerwehr, ihm gesagt habe, die Arbeitlosen seien ein gefährliches, raubuntes Gesindel, vor dem man sich mit der Waffe in der Hand schützen müsse, daraufhin sei ihm dann auch der Revolver ausgereicht worden! Der Arbeitslokalrat Schöneberg hierüber die Sachverhalte sofort dem Polizeipräsidium Schöneberg ab und überreichte ein Protokoll über den Vorgang des Vorfalls. Der genannte Arbeiter wird außerdem vom Magistrat Schöneberg Auffklärung über den dunkeln Hintergrund des in seinen Einzelheiten mehr wie auffälligen Vorfalls fordern.

### Ein Eisenbahnzopf.

Da infolge des Eisenbahnstreiks die Vorortzüge bereits auf dem Schließigen Bahnhof, in Charlottenburg usw. enden, so bemüht in diesen Tagen die Monats- und Wochenkarteninhaber von dort aus manchmal die Fernzüge, um den Weg in die Stadt fortzusetzen. Da die Abonnenten die Strecke bereits im Voraus bezahlt haben und die Züge meist ziemlich leer sind, so wird kein vernünftiger Mensch etwas daran finden, wenn sie zur Fortsetzung ihres Weges die Fernzüge benutzen. Anders die Boomen. Auf dem Bahnhof Friedrichstraße z. B. werden die unbefeheten Fernzüge zum Stationsbureau geschickt, um dort eine Karte nachzugeben oder ihre Namen anzugeben, was zu allem anderen Schaden noch einen Zeitverlust von einer halben Stunde und mehr bedeutet. Wozu das alles? Kann dieser Zopf nicht abgeschafft werden?

**Anderweite Zusammenfassung der Schuldeputation.** Die Abänderung der Gemeindeverfassungsgesetze macht eine Abänderung der Vorschriften über die Zusammenfassung der Schuldeputationen, Schulverbände und Schulkommissionen notwendig, um sie den veränderten Bestimmungen anzupassen. Ein der Vorstabsversammlung zugewandener Entwurf nimmt diese Veränderungen vor, er bestimmt u. a., daß alle Mitglieder von Schuldeputationen bei Auflösung von Stadtverordnetenversammlungen ebenfalls aufzuheben. Die Bestimmungen, daß Geistliche von Amts wegen ohne Wahl Mitglieder der Schuldeputationen sind, wird aufgehoben. Sämtliche Mitglieder werden in Zukunft gewählt, die Wahl kann auch auf Frauen entfallen.

**Ferienspiele Reusän.** Infolge technischer Schwierigkeiten beginnen die Ferienspiele erst am Mittwoch, 9. Juli.

## Aus den Gemeinden.

**Schöneberg.** In der Stadtverordnetenversammlung vom 30. Juni standen zwei sozialdemokratische Anträge zur Verhandlung, von denen der eine die Erteilung des Konfirmationsunterrichts in der schulpflichtigen Zeit, der andere die Herabsetzung der Schulstunden für Religionsunterricht zugunsten der Höheren Deutsch, Rechnen und Bürgerkunde verlangte. Im Gegensatz zur Forderung der Rechtssozialisten hielt die Fraktion der U. S. D. den zweiten Antrag für ungenügend, indem sie den Religionsunterricht ganz aus dem Lehrplan der Schule entfernt wissen will und eventuelle Religionspflege privater Art zu unterstützen. Diesem allen sozialistischen Grundgedanken die Genossen Hoffmann und Peterson berechnen Ausdruck. Die bürgerliche Mehrheit war nach längerer Debatte unbeherrschbar und stimmte geschlossen — auch die demokratische Partei konnte sich nicht freimachen — gegen beide Anträge, wodurch dieselben abgelehnt wurden. Bei der Genehmigung einer Spielplatzsteuerordnung erklärte Genoss Peterson unseren ablehnenden Standpunkt. Man kann nicht die Spielplätze und verwirklichte Stadtpark gleichsam jantionieren, indem man aus seiner Besteuerung eine Einnahmequelle schöpft. Trotzdem wurde die Vorlage angenommen. Zum Schluss der Sitzung wurde die Vorlage der Kollage der Familien- und Genossen Wilberg für eine Milderung der Kollage der Familien unserer noch im Auslande befindlichen Kriegsfangenen durch entsprechende Teuerungszulagen ein, welchem Antrage sich auch die anderen Parteien der Versammlung nicht verweigerten. Nach Erledigung von 67 Vorlagen ging die Stadtverordnetenversammlung in die Sommerferien.

**Tegel.** In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde zunächst der neu gewählte und folgende Schöffe Spieß (S. P. D.) eingeführt und als Nachrücker Bierler (S. P. D.) als Gemeindevertreter. Dem Antrag des vorübergehend beschäftigten Hilfssträßen auf Anerkennung der Angestellten-Ausschüsse und auf Aufhebung ihrer Beschlüsse wurde im wesentlichen zugestimmt; die Entscheidung über eine Entschädigungssumme ging an die Finanzkommission nachmittags zurück. — Den Gemeindevertretern wurden für Teilnahme an Sitzungen neben dem bisherigen Mindestsatz von 3 Pfg. pro Stunde 4 Pfg. als Höchstmaß für Überverdienste zugestimmt. Bereits beschlossene Sitzung der Gemeinde wurde bereits beschlossene Sitzung mit allen Details, besonders in bezug auf Zuschüsse der Gemeinde usw. erörtert, die zur Niederschaltung der Rieten nötig werden, um überhaupt einigermassen vernünftig zu machen. Der Groß-Verleger Wohnungsverband mit 783.000 M. Beiträge leisten. Beschlossen wurde schließlich die Erhebung wie vorgeschlagen auszuführen (62 Einmalkonten mit Gärten und Zubehör) und 1 Million aus Anleihenentnahmen entnehmen. Zur anderweitigen Regelung der Gemeindevermögensteuerung für 1919, d. h. zur Mehrerwerbssteuerung war eine besondere Vorlage gemacht und diese heute erörtert worden. Einkommen bis 1500 M. sollen frei bleiben, solche über 1500 M. höher herangezogen werden. Für das laufende Jahr sind bereits 325.000 M. Mehrausgaben entstanden durch besondere Beschlüsse. Es macht sich deshalb, gleich wie in anderen Gemeinden, eine Erhöhung der Zuschläge von 200 bis 300 Prozent nötig, was der einzig richtige Weg ist, um darüber hinwegzukommen. Man verweise die Sache nachmittags an die Finanzkommission, um eventuell noch einige niedere Einkommen freizumachen.

**Waldhörn.** Unsere bürgerlichen Schöffen hatten am 27. Juni Wahl zur Nationalversammlung, den Landtagswahlen und den Wahlen für den Kreis Niederbarnim nicht geleistet. Sie wollten mit ihren Parteien ihre Stellung so lange wie möglich halten und dachten nicht daran, den beiden sozialistischen Parteien Schöffensitze einzuräumen, obwohl die Rechtsparteien sich „Demokratie“ bekennen. Die neue Bestimmung über die Wahl der Schöffen war den Herren im Hause nicht angenehm. Trotzdem wären unser Gemeindegewählten vor dem 1. August nicht gegangen. Invers Uneinigkeit brachte die Wahl. In der letzten Gemeindevertreterversammlung kam diese Abstimmung die Vorvergangen wurde durch die Wahl eines gemeindevorsteher, deutlich zugegen. Sie wurde verursacht durch die Weigerung eines Schöffen für die Wahl des neuen gemeindevorsteher zu stimmen, da dieser Schöffe das Amt nicht haben wollte.

Die Gewitterstimmung wurde von unserem Gemeindevorsteher Dertel (U. S. P.) ausgehört. Er beantragte, die Schöffen alten Regimes sollten ihre Ämter niederlegen. Nach längerer Debatte wurde der Antrag angenommen, und die Schöffen traten ab.

Somit ist und eine sozialistische Mehrheit gesichert, wenn die Vertreter der S. P. D. nicht noch ausfallen; sie hat 8 Stimmen und 2 Schöffensitze, während die bürgerlichen Gemeindevertreter 7 Stimmen haben und einen Schöffensitz.

## Aus den Organisationen.

**An alle Mitglieder des Verbandes der Wahlvereine Groß-Berlins und Provinz Brandenburg U. S. P.**

Laut Beschluß der Generalversammlung des Verbandes vom 29. Juni er. beträgt der monatliche Beitrag für männliche Mitglieder 80 Pfg., für weibliche Mitglieder 60 Pfg., der Beitrittsbeitrag 50 Pfg.

Ferner bitten wir in Zukunft zu beachten, daß unsere Vorträge, Schiffertrage, von 9 bis 11 Uhr und nachmittags von 4 bis 7 Uhr stattfinden.

Der geschäftsführende Ausschuss: J. A. Hermann Weise.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Kroll, Berlin, Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck: Eisenbrücker und Verlagsgenossenschaft m. b. H., Schillbaurdamm.

## Ledebour

Die 11. Auflage ist erschienen  
Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin NW  
Abteilung Buchhandel Schillbaurdamm

Verein der Freidecker für Feuerbestattung  
Sitz Berlin, Georgstr. 106.  
Geschäftsstelle: SW. 63, Oranienstr. 83/84.  
Am 3. Juli verstarb unser Mitglied  
**Franz Mathen**  
Neukölln, Nogatstraße 38.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Einäscherung erfolgt Dienstag, den 8. Juli, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Krematorium Trautow-Haumschulanweg.  
Der Vorstand.

Herrenstiefel, auch Damenstiefel, genäht, billig zu verkaufen.  
Kaiser, Halensee, Schwedterstraße 3.

**Freie Jugend Groß-Berlin**  
Buchdrucker und Schriftsetzerlehrlinge  
am Dienstag, den 8. Juli, abends 7 1/2 Uhr  
Schillerstraße 5-8 Versammlung  
Schillerstraße  
Sammelabend am Mittwoch, den 9. Juli, abends 7 1/2 Uhr im Jugendsekretariat Berlin O 27, Schillerstraße 5.  
**Vollversammlung der Betriebsvertrauensleute der Jugend**  
Donnerstag, 10. Juli im Jugendsekretariat Schillerstr. 5.  
Freie Jugend Groß-Berlin  
Jugendsekretariat Berlin O 27, Schillerstraße 5.  
J. A. G. 10 2.

**Optiker Dase**  
Müllerstr. 174  
Prenzlauer Allee 204.  
die Ihre Möbel od. sich selbst zu bill. Preisen, vorläufig, wollen, werden, geben, Ihre Adresse mit B. 1 Exp. d. Bl. niederzulegen.

In den nachstehenden Speditionen werden sofort  
**Botenfrauen**  
eingestellt:  
Berlin  
Gieschner, Gieschner Straße 92, Dörring, Steinmetzstr. 23, Hackebarth, Michaelkirchpl. 2.  
Potsdam  
Dogauer, Kaiser-Wilhelm-Straße 38.  
Charlottenburg  
Lorenz, Wallstraße 68.  
Wilmerdorf  
Denecke, Auguststraße 6a.  
Tempelhof  
Bartich, Wendestraße 24.

Die Geschäftsräume der hiesigen Fürsorgestelle für Erwerbslose befinden sich  
**vom Mittwoch, den 9. d. Mts. ab**  
in dem Hause Bübnerstr. 9, Hof 3 rechts.  
Charlottenburg, den 7. Juli 1919.  
Der Magistrat.

**LADEN**  
mit Nebenräumen in der Nähe des Ballenplatzes für eine Zeitungsabgabe sofort zu mieten gesucht. Off. an die  
Verlagsgenossenschaft „FREIHEIT“  
NW. 6, Schillbaurdamm 19.  
Tandem, Friedensgummi, niedrig, wie neu, verkauft Postamt, Stargarder Str. 20.

„Sangesrunde“ Konkubin  
„sangesrunde“ sucht angehende Herren.  
Singschule, Donnerstag 8-10.  
Trotz m. m. Lenzstraße 11.  
Falterschwalbe verkauft Lill, Brennenstraße 96  
Produktionsgeschäft verbunden mit Kleider-Handlung zum Inventarpreis wegen Fortzug billig zu verkaufen. Erkstraße 2.  
Holzschrauben verkauft Lehmann, Brückstr. 2.

**Dezimalwaagen**  
von M. 55 an  
**Gewichte**  
Reparatur  
**Tafelwaagen**  
**G. Wagner**  
Köpenicker Str. 71  
Holzschrauben verkauft Lehmann, Brückstr. 2.